



Missachtete Konstitution: Vor 30 Jahren erarbeitet der »Runde Tisch« den Entwurf für eine DDR-Verfassung. Die Mehrheit der Volkskammerabgeordneten betrachten sie als störend auf dem Weg zur »Einheit«. Von Volkmar Schöneburg

SEITEN 12/13

Extraprofit

Lohnabhängige leiden unter der Coronaviruspandemie. Großkonzerne machen gute Geschäfte

3

Ernteaussfall

Die Grenzen für Saisonarbeiter sind dicht. Ministerin sucht Billigarbeitskräfte für Agrarkonzerne

5

Energiekrieg

Ölkrieg: Maximale Förderung in Saudi-Arabien führt zum Ruin vieler US-Fracking-Produzenten

9

Erregungsmechanismus

Philosophen in der Krise: Eine Mahnung zur Debatte zwischen Giorgio Agamben und Slavoj Žižek

11



Solidarität jetzt!

Höchste Zeit, dass der Westen seine Sanktionen aufhebt. Acht Staaten rufen UNO zu Hilfe. DKP startet Petition im Bundestag. **Von Michael Merz**

Auch in Kuba ist das neuartige Coronavirus angekommen, geholfen wird in den Epizentren der Pandemie trotzdem

Die Lage wird auf allen Kontinenten dramatischer: Eine halbe Million Menschen waren am Donnerstag weltweit mit dem neuartigen Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert, mehr als 22.000 Todesopfer hat es bisher gefordert. Auch in Deutschland wird die Behandlung der von ihm verursachten Erkrankung Covid-19 problematischer. In Kliniken und Altenheimen fehlt es vielfach an Desinfektionsmitteln und Schutzausstattung, die dort Beschäftigten sind zudem überlastet. »Dass man von offizieller Seite auf Nachfrage statt konkreter Unterstützung Anleitungen zur Herstellung von improvisierten Atemschutzmasken aus Stofftüchern erhält, ist ein handfester Skandal«, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Wolfram Friedersdorff. Die Gefahr der Ansteckung ist für Pfleger und Mediziner hoch. »Im schlimmsten Fall müssen wir unsere Dienste einstellen«, gab das Bayerische Rote Kreuz gegenüber dem BR

bekannt. »Noch ist das die Ruhe vor dem Sturm«, äußerte sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Donnerstag zur Situation. Keine guten Aussichten.

Eine wirksame internationale Zusammenarbeit scheidet unterdessen daran, dass westliche Staaten ihre Feindbilder pflegen. Neue Wege beschreitet seit Donnerstag die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), um Druck auszuüben. »In einer Zeit, in der man nicht mehr auf der Straße protestieren kann, sind neue Aktionsformen nötig«, sagte Patrik Köbele, DKP-Vorsitzender, am Donnerstag gegenüber jW. Mittels einer Petition an den Bundestag will seine Partei erreichen, dass alle Strafmaßnahmen des Westens, die den Kampf gegen die Pandemie behindern, aufgehoben werden. »Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften«, so Köbele. Genauso müsse die

Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China intensiviert werden. Köbele ist sich sicher, dass es »für die Imperialisten immer schwieriger wird, die Sanktionen aufrechtzuerhalten«.

Die DKP steht nicht allein mit ihrer Forderung. Kurz vor dem Video-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der G-20-Staaten am Donnerstag wandten sich Russland, China, Syrien, Iran, Nordkorea, Venezuela, Nicaragua und Kuba mit einem Brief an António Guterres. Der UN-Generalsekretär solle sich dafür einsetzen, dass Sanktionen sofort und vollständig aufgehoben werden. Es gibt Sanktionsbefürworter, die das ins Grübeln bringt. In Deutschland rief Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) die USA dazu auf, angesichts der Lage im Iran die Strafen gegen das Land – zumindest vorübergehend – zu lockern, wie er am Donnerstag gegenüber RTL sagte. Doch weiterhin gibt Washington die Marschrichtung vor. US-Außenminister Michael

Pompeo hatte zuletzt am Mittwoch Front gegen Beijing gemacht. »Die Kommunistische Partei Chinas stellt eine erhebliche Bedrohung für unsere Gesundheit und Lebensweise dar, wie der Ausbruch des Wuhan-Virus deutlich gezeigt hat«, so Pompeo.

Unterdessen schicken Kuba und China Helfer und Mediziner in die Epizentren der Pandemie, etwa Italien, während das Virus auch auf der Karibikinsel und in der Volksrepublik bekämpft werden muss. Gruppen der Kuba-Solidarität in Deutschland riefen am Donnerstag zu Spenden auf. Die G-20-Staaten – die »Gruppe der 20« hatte sich 1999 zur globalen Krisenbewältigung gegründet – konstatierten nach ihrer gestrigen Videokonferenz zwar, der Kampf gegen das Virus habe »unsere absolute Priorität«. Von Aufhebung der Blockaden oder Sanktionen war jedoch weiterhin keine Rede.

■ Siehe Seite 8
■ netzwerk-cuba.de
■ kurzlink.de/petit

US-Justizministerium klagt Maduro an



Washington. Die USA wollen Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro (Foto) und weitere Regierungsmitglieder anklagen, weil sie den venezolanischen Staat in ein »kriminelles Unternehmen im Dienste von Drogenhändlern und terroristischen Gruppen« umgewandelt hätten. Dies meldete die US-Nachrichtenagentur AP am Donnerstag. US-Generalstaatsanwalt William Barr hatte zuvor eine Pressekonferenz (nach jW-Redaktionsschluss) zum Kampf gegen den »internationalen Drogenterrorismus« angekündigt. Dort sollten die Anklagen bekanntgegeben werden. Zudem wurde die Ankündigung erwartet, dass die USA eine Belohnung von 25 Millionen US-Dollar für Informationen bieten, die zur Verhaftung oder Strafverfolgung von Maduro und Diosdado Cabello, dem Vorsitzenden der Verfassgebenden Versammlung Venezuelas, führen. (AFP/jW)

■ Siehe Seite 2

USA: Rekordanstieg bei Erwerbslosenanträgen

Washington. In den Vereinigten Staaten ist die Zahl der Erstanträge auf Erwerbslosenhilfe in der vergangenen Woche etwa um das Zehnfache angestiegen. Mit einer Zunahme von 282.000 auf rund 3,3 Millionen Erstanträge sei es der höchste Wert seit Beginn der Datenerhebung, wie das US-Arbeitsministerium am Donnerstag mitteilte. Zuletzt hatte es mit knapp 700.000 Erstanträgen 1982 einen solchen Rekord gegeben. In der Vorwoche – zu Beginn der Coronaviruspandemie in den USA – waren die Erstanträge um 70.000 auf 281.000 angestiegen.

Etwa die Hälfte der rund 330 Millionen Einwohner der USA unterliegt inzwischen von Bundesstaaten verhängten Ausgangsbeschränkungen. Viele Geschäfte sind geschlossen, Restaurants und Hotels bleiben leer, zahllose Reisen wurden abgesagt. Viele Beschäftigte geschlossener Unternehmen müssen daher Arbeitslosenhilfe beantragen. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.267 Genossinnen und Genossen (Stand 17.3.2020)
■ www.jungewelt.de/lpg



Krise schränkt Berufsleben in BRD ein

Konzerne weiten Kurzarbeit aus. Handel überlastet. Benzin bleibt teuer

Die Bundesregierung rechnet nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit etwa 2,1 Millionen Kurzarbeitern während der Coronapandemie. »Aber wir nehmen auch in den Blick, dass die Zahlen deutlich höher sein könnten«, sagte BA-Vorstand Christiane Schönefeld der Neuen Osnabrücker Zeitung vom Donnerstag. Bei den Arbeitsagenturen sind normalerweise 900 Beschäftigte im Bereich Kurzarbeit tätig. 2.000 zusätzliche Kräfte sollen für diese Aufgabe eingesetzt werden. Allein in der vergangenen

Woche hatte es bereits 76.700 Anzeigen von Kurzarbeit gegeben.

So kündigte der Autokonzern Daimler am Donnerstag an, auf Kurzarbeit umzustellen. Sie solle zunächst vom 6. bis zum 17. April gelten und einen Großteil der Produktion von Pkw, Vans und Nutzfahrzeugen sowie ausgewählte Verwaltungsbereiche betreffen. Daimler beschäftigt in Deutschland rund 170.000 Menschen. Ein Großteil der Produktion steht derzeit schon still, die Mitarbeiter bauen aktuell Urlaub und ihre Arbeitszeitkonten ab. Die Kurzarbeit beginnt dann im Anschluss

an diese zunächst auf zwei Wochen festgelegte erste Phase.

Wie der Handelsverband Deutschland (HDE) mitteilte, wollen mehr als 90 Prozent der deutschen Einzelhändler staatliche Hilfe zur Bewältigung der »Coronakrise« in Anspruch nehmen oder tun dies bereits. Der HDE hatte 600 Unternehmen befragt. Nach Schätzung des Verbands sind derzeit bis zu 300.000 Standorte aufgrund der jeweiligen Regelungen in den Bundesländern von Schließungen betroffen. Einer großen Zahl von Betrieben werde es ohne staatliche Soforthilfen nicht gelingen,

die Krise zu überstehen, erklärte HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth.

Der Automobilclub von Deutschland (AvD) kritisierte, dass die Mineralölwirtschaft die gesunkenen Rohölpreise nicht in vollem Umfang an Autofahrer weitergebe. So würden gerade die Berufstätigen »abkassiert«, die auch in dieser Krisensituation weiterhin zur Arbeit fahren und »die Sicherheit und Versorgung von uns allen aufrechterhalten«, monierte der AvD gegenüber dem Sender MDR. Die Rohölpreise sind seit Jahresbeginn um etwa 60 Prozent abgesackt. (AFP/dpa/jW)